

SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 09

04.03.2016

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	3
LAND BESCHLEUNIGT ASYLVERFAHREN	3
KLÖCKNER SETZT WIEDER FALSCHBEHAUPTUNGEN IN DIE WELT	3
RHEINLAND-PFALZ IST BEI BEGABTENFÖRDERUNG VORBILD	4
ERSTER ERFOLG IM NPD-VERBOTSVERFAHREN	4
GEWALT GEGEN ORDNUNGSKRÄFTE: LAND KÜNDIGT VERBESSERUNGEN AN	5
SPD-FRAKTION LEGT ECKPUNKTE ZU HEILFÜRSORGE FÜR POLIZEI VOR	6
ZAHLEN UND FAKTEN	7

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz hat nun offenbar vollständig die Orientierung verloren: Nachdem die Oppositionsführerin Julia Klöckner in den vergangenen Monaten mehrfach und mit markigen Worten massive Kürzungen beim Nationalpark verteidigt hat, wird nun das genaue Gegenteil propagiert.

Die CDU bekenne sich zum Nationalpark und wolle dessen Fortentwicklung, heißt es plötzlich. Die 180-Grad-Wendung ist auch so bemerkenswert, weil Klöckner am 11. Dezember 2015 die Streichungen verteidigt hat mit den grundsätzlichen Worten, man dürfe sich als Politiker nicht nur nach seinen Kritikern richten. Nach dem ganzen Hickhack der CDU-Fraktion zu dem Thema muss sich die Oppositionsführerin Julia Klöckner mal wieder erklären: Wofür steht sie denn eigentlich?

Für uns ist klar: Wir stehen von Beginn an für den Nationalpark, er ist ein Entwicklungsmotor für die Region. Er wurde in einem transparenten Beteiligungsverfahren aus der Taufe gehoben: Parteiübergreifend unterstützen ihn Kommunal- und Landespolitiker aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, bis heute nur nicht die CDU-Fraktion.

Mit dem Nationalpark gehen vielfältige Investitionen, etwa im Bereich der Infrastruktur und der Tourismus-Förderung, einher. Er ist ein erfolgreiches Beispiel rot-grüner Politik ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer***, die wir auch über den Wahltermin hinaus fortsetzen wollen.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Land beschleunigt Asylverfahren

Die zentralen Fragen der Flüchtlingsaufnahme werden in Rheinland-Pfalz konsequent angegangen. In dieser Woche wurde jetzt das erste Ankunftscenter für Asylsuchende in Trier in Betrieb genommen. **Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** und das BAMF stellten die modellhafte Einrichtung des BAMF vor. *„Es wird deutlich, wie effizient und zielorientiert das Land Rheinland-Pfalz mit dem Bundesamt für Migration (BAMF) zusammenarbeitet, um die Asylverfahren in Rheinland-Pfalz maßgeblich zu beschleunigen“*, erklärte unsere integrationspolitische Sprecherin, **Ingeborg Sahler-Fesel**.

In Rheinland-Pfalz werden mit Blick auf die Bewältigung der großen Zahl der Flüchtlinge große Erfolge verzeichnet: In Trier werden die kürzesten Verfahrensdauern bei gerichtlichen Asylverfahren in ganz Deutschland erreicht, Rheinland-Pfalz nimmt einen Spitzenplatz unter den Bundesländern bei den Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern ein.

Klößner setzt wieder Falschbehauptungen in die Welt

Die Bundesregierung und der marokkanische Staat haben in dieser Woche vereinbart, dass Marokkaner ohne Aufenthaltsrecht leichter aus Deutschland zurückgeführt werden können. *„Diese Übereinkunft ist sinnvoll und ein Gebot der Stunde“*, sagte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**. *„Flüchtlinge in Deutschland, für die es keinen positiven Aufenthaltsbescheid gibt, müssen rasch in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“*

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klößner fabulierte, dass die Einstufung Marokkos als sicheres Herkunftsland an der rot-grünen Landesregierung gescheitert sei. Diese Darstellung hat mit den Fakten nichts zu tun: Es handelt sich bei der Frage der sicheren Herkunftsländer um ein Gesetzgebungsverfahren des Bundes. Die Bundesregierung hat sich auf einen Zeitplan in den festgeschriebenen, üblichen Fristen verständigt. Das CDU-geführte Kanzleramt hält nun an diesen Fristen fest und plant keine Verkürzung. *„Für diese zeitlichen Abläufe die Landesregierung verantwortlich zu machen, ist dreist und schlicht falsch“*, sagte **Schweitzer**.

Schweitzer betonte: *"Mit ihren Falschbehauptungen zur Flüchtlingspolitik will Frau Klöckner offenbar von dem Tohuwabohu in der CDU-Flüchtlingspolitik ablenken. Tatsache ist, dass niemand mehr überschaut, welche Unionspolitiker an der Seite der Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik stehen und welche Unionspolitiker ihr in den Rücken fallen. Unionspolitiker nehmen in Kauf, dass die notwendigen internationalen und europäischen Verhandlungen in der Flüchtlingspolitik torpediert werden."*

Rheinland-Pfalz ist bei Begabtenförderung Vorbild

Zur Kultusminister-Konferenz in Mainz zur Förderung besonders leistungsstarker Schülerinnen und Schüler erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin, **Bettina Brück**: *„Mit der Konferenz wird das wichtige Thema ‚Begabtenförderung‘ in den Fokus gerückt. Für erfolgreiche Begabtenförderung ist elementar, dass – wie in Rheinland-Pfalz – für besonders begabte Schülerinnen und Schüler gezielte Projekte und Angebote unterbreitet werden.“* Das Land realisiert etwa Projekte zu sogenannten Entdeckertagsschulen und einem Entdeckertag. Allein im Schuljahr 2015/2016 nehmen 461 Schülerinnen und Schüler aus 229 Grundschulen und 14 Kindertagesstätten am Entdeckertag teil.

Auch gibt es in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2003/2004 Schulen für die Hochbegabtenförderung. Die Schulpsychologischen Beratungszentren sind Ansprechpartner für allgemeine Fragen zur Hochbegabung. In Kooperation mit Schule, Eltern und Kind werden die relevanten Fragestellungen und Maßnahmen reflektiert und gemeinsam nach Möglichkeiten zur optimalen Kompetenzentfaltung für das Kind gesucht. Möglich ist ebenfalls, dass besonders begabte und leistungswillige Schülerinnen und Schüler Klassen überspringen und nach dem BEGYS-Modell (Begabtenförderung an Gymnasien mit Verkürzung der Schulzeit) zusätzliche Projektklassen eingerichtet werden, die die Mittelstufe (Klassen 7 bis 10) um ein Jahr verkürzen. *„Um Begabte hervorragend zu fördern, muss die kontinuierliche Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Entwicklung neuer Methoden und Materialien zur Unterrichtsgestaltung fortgeführt werden“*, sagte **Brück**. *„In Rheinland-Pfalz gelingt die Förderung sowohl der Leistungsschwächeren als auch der Leistungsstarken sehr gut.“*

Erster Erfolg im NPD-Verbotsverfahren

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche zum aktuellen Verbotsverfahren um die rechtsextreme NPD mitgeteilt, deren Einwände bezüglich des Einsatzes von

V-Personen nicht zu teilen. Dazu erklärte der **Parlamentarische Geschäftsführer, Carsten Pörksen**: „Die Karlsruher Richter haben deutlich gemacht, dass sie diesmal keine Verfahrenshindernisse sehen und das Verfahren inhaltlich entschieden werden kann. Damit ist der Prozess auf einem guten Weg. Die vorher großmundig angekündigten juristischen Finessen der NPD haben sich als Strohpuppen erwiesen.“ **Pörksen**, der selbst Jurist ist, betonte, dass sich schon in einem so frühen Stadium des Prozesses zeige, dass die Länder ihren Antrag sehr gut vorbereitet haben. „Nun geht es für die Bundesländer darum, dem Gericht deutlich zu machen, dass die NPD ein Sammelbecken für gefährliche Hetzer ist.“

Unser Sprecher gegen Rechtsextremismus, **Michael Hüttner**, ergänzte: „Ein Verbot der NPD würde dafür sorgen, dass die Umtriebe der Ewiggestrigen nicht mehr mit staatlichen Geldern unterstützt werden. Das wäre eine sehr wichtige Nachricht der wehrhaften Demokratie. Klar ist aber auch: Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus endet nicht mit einem NPD-Verbot. Das politische und zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechte Hetze und Menschenverachtung muss weitergehen.“

Gewalt gegen Ordnungskräfte: Land kündigt Verbesserungen an

Anlässlich der zunehmenden Gewalt gegen Ordnungskräfte erklärte unser polizeipolitischer Sprecher, **Wolfgang Schwarz**: „Die bundesweit steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehr-Personal sowie Rettungsdiensten ist erschreckend. In Bautzen sind Feuerwehrräfte jüngst sogar gehindert und bedrängt worden, als sie den Brand in einer Asylbewerberunterkunft löschen wollten. Die Gewalt trifft also diejenigen, die für die Gesellschaft tagtäglich buchstäblich den Kopf hinhalten. Es ist geboten, Wege gegen die Exzesse aufzuzeigen. Das gemeinsame Wirken von Landesregierung und Gewerkschaften, etwa die gemeinsame Erklärung von Ende 2015, ist genau richtig.“

Zur Ankündigung der Landesregierung, wonach das Land künftig nicht erfüllte Schmerzensgeldansprüche von Beamten übernehmen möchte, sagte **Schwarz**: „Die Landesregierung prescht vor, künftig soll den Betroffenen besser geholfen werden. Mit Umsetzung der Regelung wird es dann nicht mehr vom Zufall abhängen, ob ein im Einsatz verletzter Mensch Schmerzensgeld für erlittene Schäden erhält oder nicht. Bisher hängt dies insbesondere von der Solvenz der identifizierten und gefassten Gewalttäter ab. Mit dieser Regelung wird das Land seinem Fürsorgeauftrag für seine Repräsentanten noch besser gerecht. Dies ist eine Lösung, für die sich auch die SPD-Landtagsfraktion schon lange stark gemacht hat.“

SPD-Fraktion legt Eckpunkte zu Heilfürsorge für Polizei vor

Die SPD-Fraktion hat sich lange und intensiv mit einem Alternativmodell zur Absicherung vor Krankheit für die Polizei Rheinland-Pfalz befasst, also mit der möglichen Einführung eines Heilfürsorgesystems. Nun hat die Fraktion Eckpunkte dazu beschlossen. *"Entscheidend muss sein, dass Folgendes erreicht wird: Der Leistungsumfang für die einzelne Polizistin und den einzelnen Polizisten darf sich nicht verschlechtern. Die Kosten für den Landeshaushalt müssen vertretbar bleiben. In der nächsten Wahlperiode soll es einen Vorstoß geben, gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren einen Vorschlag für einen rheinland-pfälzischen Weg zur freien Heilfürsorge zu entwickeln"*, erklärte unser polizeipolitischer Sprecher, **Wolfgang Schwarz**.

Zurzeit ist die weit überwiegende Mehrheit der rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (wie auch die sonstigen Landesbeamten) über das sogenannte Beihilfesystem abgesichert. Die Beamtinnen und Beamten versichern sich dabei zu einem Prozentsatz privat und bekommen von ihrem Dienstherrn die übrigen Gesundheitskosten nachträglich erstattet.

Die freie Heilfürsorge, die in einigen Bundesländern für den gesamten Polizeidienst die Regel ist, gibt es in Rheinland-Pfalz bisher nur für die Bereitschaftspolizei. Im Grunde funktioniert die Heilfürsorge wie eine Betriebskrankenkasse, betrieben durch das Land. Im Vergleich zur Beihilfe entfällt dabei die Vorleistungspflicht und viel Bürokratie für den einzelnen Beamten. Zudem stellt das System der Heilfürsorge eine vollständige – nicht nur eine anteilige – Kostenerstattung der Gesundheitskosten durch den Dienstherrn sicher.

ZAHLEN UND FAKTEN

CHRONOLOGIE DER CDU-POSSE ZUM NATIONALPARK HUNSRÜCK-HOCHWALD

NOVEMBER 2015

Ende November hatte die **CDU-Fraktion** in ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 massive Kürzungen beim Nationalpark angekündigt. Wenn diese umgesetzt würden, hätte dies de facto ein Ausbluten des Nationalparks zur Folge gehabt.

27. NOVEMBER 2015

Nach Kritik an den Plänen verteidigt **Klößner** ihre Kürzungspläne und betont, die Opposition habe das Nationalparkprojekt schon immer kritisiert. Die Nahe-Zeitung vom 27. November 2015 gibt Klößners Ausführungen folgendermaßen wieder: "Hätte die CDU das heiße Eisen nun nicht angepackt, sagte sie, "hieße es, wir fallen um"."

11. DEZEMBER 2015

Am 11. Dezember 2015 verteidigt **Klößner** die Streichungen nochmals: "Wenn man sich nur nach seinen Kritikern richtet, kann man sich von seinen politischen Positionen auch gleich verabschieden."

16. DEZEMBER 2015

Im rheinland-pfälzischen Landtag sagt **Klößner** am 16. Dezember 2015: "Ja, unser Gegenentwurf [zum Haushalt 2016] sieht auch Kürzungen beim Nationalpark vor."

1. MÄRZ 2016

Der rheinland-pfälzische **Europaabgeordnete Werner Langen (CDU)** kritisiert in der Nahe-Zeitung die Kürzungspläne: „Gegen diesen Nationalpark kann man eigentlich nicht sein. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass er für die Region das richtige Konzept ist.“

3. MÄRZ 2016

In der Nahe-Zeitung ist von der **180-Grad-Wende** zu lesen. Von Kürzungen spricht die CDU nun nicht mehr. Die Landtagsabgeordnete Christine Schneider, Vorsitzende des Umweltausschusses des Landtags, sagt lediglich: „In unserem Regierungsprogramm steht doch klar drin, dass wir uns zum Nationalpark und dessen Fortentwicklung bekennen.“